

Das läßt verstehen, warum man den danach überarbeiteten Gesetzentwurf nicht mehr der Würdigung einer weiteren Sachverständigenanhörung unterziehen wollte, wie es SPD und GRÜNE anrieten. Es seien, meinte die Regierungskoalition, die verfassungsrechtlichen Probleme in der ersten Anhörung ausreichend erörtert worden. Man hatte wohl noch immer genug davon ...

Als Meisterwerk der Logik gilt es, die amtliche Begründung des Gesetzentwurfes zu preisen. Da wird diagnostiziert, daß in den vergangenen 15 Jahren, also in einem recht erheblichen Zeitraum, „hinsichtlich des prozentualen Anteils der unfriedlichen Demonstrationen sich weder eine zunehmende noch eine abnehmende Tendenz feststellen“ lasse. Warum dann also eine Verschärfung des Demonstrationstrafrechts? Anlaß sei, so die Begründung weiter, die neue Erscheinungsform der „reisenden Chaoten“, deren Habhaftmachung durch die Vermummung erschwert werde. Aha. Nun räumt der Regierungsentwurf ein, man könne diesem Problem bei angemeldeten Demonstrationen begegnen, indem man das Vermummten per Auflage verbiete. Bei unangemeldeten, sogenannten Spontandemonstrationen ginge das aber nicht. Da hat die Bundesregierung in der Tat einen höchst gefährlichen Typus des unfriedlichen Demonstranten ausgemacht! Ist er doch in der Lage, Spontandemonstrationen im Bereich der Bundesrepublik Deutschland (wer weiß, vielleicht darüber hinaus?) auszumachen, und zwar so früh, daß er rechtzeitig, gebührend vermummt und chaotisch, am Tatort zu erscheinen vermag.

Der Bundesregierung und den christliberalen Claqueuren ist zuzugestehen: Derlei „rechtfertigt“ eine Umkehrung der bisherigen Bestimmungen des Versammlungsgesetzes von Erlaubnis und Verbot mit noch nicht abzuschätzenden Folgen! Offensichtlich geht es der Kohl-Regierung darum, um jeden Preis die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit einzuschränken, seien die Rechtfertigungsversuche noch so hanebüchen. Sozialdemokraten dürfen auch die jüngsten Krawalle nicht Anlaß sein, sich ähnlichen Überlegungen hinzugeben.

(-/7.10.1985/rs/ks)

+ + +



Christentum und Demokratischer Sozialismus

Herbert Wehners neues Buch bietet den Schlüssel zur Erkenntnis dieses ernsthaften Christen

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

„Christentum und Demokratischer Sozialismus“ ist der Titel eines Buches mit Beiträgen von Herbert Wehner, das jetzt im Dreisam Verlag erschienen ist. Wer grundsätzliche Ausführungen zu diesem Thema erwartet, findet sie reichlich. Besonders faszinierend aber sind die Auskünfte, die man, mal ausführlich, mal in hingeworfener Andeutung über Herbert Wehner selbst, über seine Haltung und Entwicklung findet. Wer immer gemeint haben mag, Wehners Bemühungen um ein angemessenes Verhältnis zwischen Staat und Kirche, um die Öffnung der Kirchen für Sozialdemokraten und der SPD für Christen, seien auf taktische Überlegungen zurückzuführen, kann seinen Irrtum mit Hilfe dieses Buches korrigieren. Es bietet einen Schlüssel zur Erkenntnis des ernsthaften Christen Herbert Wehner und seines Ringens um den Weg, politische Verantwortung aus christlicher Grundhaltung angemessen wahrzunehmen.

Erste Grundlagen des christlichen Glaubens sind schon in Wehners Kindheit gelegt worden: die Bibel war im Elternhaus nicht nur vorhanden, sie wurde gelesen. Auch dem Kirchenchor gehörte Wehner als Junge an. Warum dann die Abwendung von der Kirche beim Eintritt in die KPD? Bittere Erlebnisse führten zum Entschluß, sich ganz links politisch zu betätigen. Die Enttäuschung über die ungenügende Umsetzung der Bergpredigt in der Praxis gehörte dazu.

Die Bergpredigt hat innerhalb der biblischen Botschaft ihre ganz besondere Bedeutung für Wehner behalten. Sie ist ihm - auch in der Zeit seiner Kirchenferne - Quelle der Motivation seines Handelns geblieben. Das Denken in den Maßstäben der Bergpredigt hat ihn mit den Verfolgten und Geschundenen leiden lassen, deren Schicksal er in der Vorkriegszeit und während des Krieges erlebt hat. Nach dem Lesen der Bergpredigt hat es ihn veranlaßt, als er sich im schwedischen Gefängnis einige Bücher wünschen durfte: die Bibel war dabei.

Wehner hat sich damals nicht nur von der KPD abgewandt. Er ist danach auch förmlich wieder Glied seiner evangelischen Kirche geworden. Der Versuch, mit dem Evangelium, aber ohne die Kirche zu leben, sei aussichtslos gewesen. Die Spannung habe er nicht ausgehalten.

Man findet in solchen Zeugnissen die Erklärungen mancher Verhaltensweisen, die an Wehner auffielen. Durch die Bergpredigt hat er sich auf die Liebe zu seinen Mitmenschen, auf Schutz und Hilfe für die Bedrängten verpflichtet lassen. Eindringlich verweist er 1967 in einer Meditation über 1. Korinther 13 („... und hätte der Liebe nicht, ...“) auf die Unverzichtbarkeit der Liebe zum Mitmenschen bei allem politischen Tun. Man erinnert sich, mit welcher Unerbittlichkeit Herbert Wehner die angebliche Volksweisheit: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“, abgelehnt und verdammt hat. Das sei Ausdruck menschenfeindlichen Ungeistes, meinte er. In der Tat, von der Liebe für den einzelnen Menschen, dessen Schicksal zu den „Spänen“ gehört, ist in dem Prinzip nicht die Rede. Herbert Wehner hat es stets anders gehalten; den Hobel der großen Entscheidungen wußte er wohl zu führen, aber er ließ keinen Span dabei umkommen. Das hingebungsvolle, kräfteverzehrende Mühen um Einzelschicksale hat ihm bei unverständigen Spöttern den Vorwurf der Sentimentalität eingebracht. Damit kann er gut leben, ohne die Liebe zu seinen Mitmenschen nicht.

Die schon sprichwörtliche Bescheidenheit Herbert Wehners, seine Abneigung gegen persönliches Geltungsstreben und entsprechende Herausstellung, finden im vorliegenden Band ebenfalls eine einleuchtende Erklärung. „Wir alle sind angenommen ohne Vorleistung“, schreibt er unter Bezugnahme auf Luther 1980 in einem Pressaartikel. Und: „Rechtfertigung allein aus Gnade - wie Luther das in der Sprache von damals formuliert hat - ist zugleich Absage an den Riesenaufwand von Leistungen, die in dieser Welt erbracht werden, um etwas sein zu wollen.“



Natürlich hat den seit dem Kriegsende in der Sozialdemokratie aktiven Christen Herbert Wehner die Frage besonders bedrückt und beschäftigt, wie die Versöhnung zwischen seiner Partei und den Kirchen bewirkt werden konnte. Leidenschaftlich hat er sich dagegen gewehrt, Sozialisten aus dem Christentum auszuzugrenzen. Darin sah er den Mißbrauch des Glaubens zum ausschließlichen Vorteil der sich christlich nennenden Parteien. Unermüdlich hat er dafür geworben, solche kirchliche Einseitigkeit aufzugeben. Sie gehört heute, fast 30 Jahre nach dem mit einer entsprechenden Klarstellung unter Wehners Mitwirkung formulierten Godesberger Programm der SPD, weitgehend der Vergangenheit an.

Aber Wehner bedenkt auch in dieser Frage die Eigenständigkeit der Kirchen und warnt seine eigenen Parteifreunde. Es dürfe nicht angehen, daß eine Partei sich mit bestimmten Gruppen in der Kirche verbinde und so innerkirchliche Prozesse zu fördern trachte. Kirche sei als Ganzes, und nicht nur in einzelnen Teilgruppen von der Partei zu respektieren. Mit ihrer inneren Entwicklung müßten Kirchen selbst fertigwerden.

Die Eigenständigkeit der Kirchen gegenüber der Politik und dem Staat hat für Wehner nie bedeutet, daß Kirchen sich mit ihren Stellungnahmen zu politischen Fragen zurückzuhalten hätten. Sich auch zu profanen Dingen des politischen Alltags zu äußern, sei der Kirchen Recht und - nach eigenem Verständnis - auch Pflicht. Allerdings drückt er die Hoffnung aus, daß seine evangelische Kirche ihre politischen Erklärungen „nicht in Kleingeld ausgibt“ und daß kirchliche Stellungnahmen auf Dialog angelegt sind. Dabei bewegt ihn die Sorge vor Einseitigkeit im Sinne einer politischen Partei, die von den anderen nur als Ablehnung, nicht aber als Einladung zum Gespräch verstanden werden könne.

Das Verhältnis des Staates zu den Kirchen möchte Wehner von Störungen freihalten. Zu chirurgischen Eingriffen eigne es sich nicht. So sei die Frage nach dem staatlichen Einzug der Kirchensteuer innerkirchlich zu entscheiden, nicht aber von Parteien über die Politik im Staat auf eine Änderung zuzutreiben.

Mit besonderer Anstrengung und großem Ernst hat sich der evangelische Christ Herbert Wehner immer wieder darum bemüht, das Verhältnis zwischen SPD und katholischer Kirche zu versachlichen und zu verbessern. Mehrere Interviews für katholische Zeitungen zeugen in dem Buch von Wehners Sorge, daß der Dialog zwischen SPD und katholischer Kirche von dieser vernachlässigt oder unnötig erschwert werde. Über kirchliche Angriffe im Zusammenhang mit der Neufassung des Paragraphen 218, bei der diese Entscheidung mit nationalsozialistischem Mordverbrechen verglichen wurde, zeigte sich Wehner tief verletzt.

In den Erwartungen, die er der evangelischen Kirche gegenüber äußerte, ließ Wehner immer wieder seine besondere Verbundenheit mit der Deutschlandpolitik durchscheinen. Unter diesem Gesichtspunkt war er mit der Ostdenkschrift der EKD von 1965 zunächst nicht ganz zufrieden. Gewiß könnten und müßten die Kirchen bei der Versöhnung vorangehen. Die Rechtslage aber dürfe dabei nicht vernachlässigt, die politischen Wirkungen einer Grenzenerkennung nicht überschätzt werden. Man wird diese anfängliche Zurückhaltung gegenüber der Ostdenkschrift vermutlich nur aus der Entwicklung der öffentlichen Diskussion nach ihrem Erscheinen erklären können. Wehner, der selbst bittere Kritik an einer Deutschlandpolitik konservierter Formeln übte, die er der damaligen Bundesregierung vorwarf, fürchtete offenbar im Gefolge der Denkschrift Konflikte, die nicht zu Lösungen, sondern zu weiterer Verkrampfung führen würden. Denn er war überzeugt, daß die sehr schwierigen Fortschritte in der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen und des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn nur auf der Grundlage eines breiten Konsenses durchsetzbar waren. Die Regierung müsse „den Mut und die Kraft aufbringen, das ganze Volk ins Vertrauen zu ziehen und Deutschlandpolitik gestützt auf das Mitdenken und Mithandeln der Deutschen zu treiben.“

Von den Kirchen erwartete er hierfür wichtige Hilfe. Zustimmung zitierte er 1968 in einem Vortrag die Fürstenwalder Synode der EKD, in der die Kirche sich als Anwalt der Not in Deutschland bezeichnete und dazu helfen wollte, „daß die menschlichen Verbindungen nicht abreißen und daß die Verantwortlichen gemahnt werden, sich um neue Möglichkeiten des Zusammenkommens zu bemühen und die politischen Hindernisse zu beseitigen, die dem entgegenstehen.“ Gerade zum deutsch-deutschen Verhältnis stellte Wehner die Frage: „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“ und fügte betont hinzu: „Ja, ich soll und ich will es. Wer gäbe mir das Recht, den anderen loszulassen, der unter Verhältnissen lebt, die es ihm nicht erlauben, seinen Willen und seine Rechte wirksam geltend zu machen?“

Es ist das Verdienst von Rüdiger Reitz, dieses wichtige Buch zusammengestellt und mit einem einfühlsamen, neuen Interview eingeleitet zu haben. Reitz sorgt durch eine geschickte Gliederung für Übersichtlichkeit und gute Lesbarkeit des Bandes. Weitere Hilfen gibt er durch kurze Einleitungstexte, jeweils vor den Beiträgen, in denen der zeitgeschichtliche Hintergrund des folgenden Beitrags mit einigen anschaulichen Stichworten in Erinnerung gebracht wird.

(-/7.10.1985/rs/ks)

+ + +



Umschichtung statt Konsolidierung

Wie die Bundesregierung mit dem Geld der Bürger umgeht

Von Helmut Wieczorek MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Allein mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 und 1984 sind Ausgabekürzungen, Abgaben- und Steuererhöhungen erfolgt, die sich bis 1985 auf weit über 50 Milliarden DM summieren.

Erinnern wir uns:

- Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe wurden gekürzt; pro Jahr um über eine Milliarde DM,
- Mutterschaftsurlaubsgeld, Kindergeldsätze und Leistungen der Ausbildungsförderung wurden gekürzt; pro Jahr um über 1 1/2 Milliarde DM,
- die Beitragsbemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge der Arbeitslosen wurde herabgesetzt; Haushaltsentlastung pro Jahr fast fünf Milliarden DM,
- Urlaub-, Weihnachts- und Krankengeld wurden in die Beitragspflicht einbezogen; Haushaltsentlastung pro Jahr über eine Milliarde DM,
- die Rentenerhöhung wurde verschoben, der Rentenzuwachs gekürzt und ein Krankenversicherungsbeitrag für Rentner eingeführt; Haushaltsentlastung pro Jahr über eine Milliarde DM,
- die Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung wurden erhöht; Entlastung für den Bundeshaushalt pro Jahr über 3 1/2 Milliarden DM,
- die Mehrwertsteuer wurde erhöht; pro Jahr über acht Milliarden DM insgesamt.

Diese Liste ließe sich mit weiteren Einzelheiten fortführen. Genauso wichtig ist es aber, danach zu fragen, wo diese Gelder hingeflossen sind und wie diese Bundesregierung mit dem Geld der Bürger umgegangen ist. Und diese Betrachtung zeigt ein katastrophales Ergebnis, eine Bilanz der Umverteilung von unten nach oben:

- Die Steuersubventionen sind um über zehn Milliarden DM angestiegen; allein die Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft - vom Bundesfinanzminister in einer Fußnote des Subventionsberichtes versteckt - beträgt insgesamt 20 Milliarden DM; keine Spur von der früher groß angekündigten Subventionskürzung.
- Den Gutverdienenden ist die Zwangsanleihe von über drei Milliarden DM zurückgezahlt oder entgegen dem Wahlversprechen gar nicht mehr abgefordert worden.
- Steuergeschenke an Unternehmen - vor allem bei der Vermögen- und Gewerbesteuer - machen über sechs Milliarden DM aus und werden sich noch einmal um vier Milliarden DM pro Jahr durch die neuen Abschreibungserleichterungen erhöhen.
- 1984 und 1985 sind Haushaltsdefizite der EG von über zwei Milliarden DM gestopft worden und ab 1986 werden die Mehrwertsteuereigenmittel der EG ausgeweitet; die Erhöhung erreicht ein Volumen von über fünf Milliarden DM jährlich.
- Die Arbeitslosenhilfe wird 1986 die Rekordmarke von zehn Milliarden DM erreichen; auch eine Folge der überzogenen Kürzungen bei den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit, die inzwischen wieder fast fünf Milliarden DM Überschüsse angesammelt hat.
- Neue Maßnahmen mit unsozialen Verteilungswirkungen sind beschlossen worden: eine tarifliche Steuersenkung für 1986/88, die mit der Einführung eines steuerlichen Kinderfreibetrages die Spitzenverdiener zweieinhalbfach so stark entlastet wie den Normalverdiener; ein Erziehungsgeld, bei dem die Arbeitslosen ausgeschlossen sind.

Wen wundert es angesichts dieser Fakten, daß die Finanzierungslücken im Bundeshaushalt seit der Wende nur wenig zurückgegangen sind; der Bundesfinanzminister spricht selbst von zehn Milliarden DM.

Wen wundert es, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht zurückgeht, wenn man den Bürgern Geld abnimmt und es für Zwecke ausgibt, die mit Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nichts zu tun haben.

Als Ergebnis ist festzuhalten: die Stoltenberg'sche Konsolidierung ist nur Umschichtung und Umverteilung von unten nach oben.

{-/7.10.1985/rs/ks}

+ + +

